

Behauptungen von Finanzminister Norbert Walter-Borjans

Walter-Borjans behauptet, die rot-grüne Minderheitsregierung habe die Neuverschuldung im Vergleich zu den Plänen der schwarz-gelben Vorgängerregierung halbiert.

Wahr ist:

Die Mittelfristige Finanzplanung (Stand Juli 2009) der CDU-geführten Vorgängerregierung sah zum Höhepunkt der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise für das Haushaltsjahr 2012 eine Neuverschuldung von 6,5 Milliarden Euro vor. Walter-Borjans rechnet inzwischen mit Mehreinnahmen von 5 Milliarden Euro gegenüber den Prognosen der CDU-geführten Vorgängerregierung. Legt man die Einnahmeerwartungen von Walter-Borjans zu Grunde, läge die Neuverschuldung einer CDU-geführten Regierung in 2012 bei 1,5 Milliarden Euro.

Zum Vergleich: Walter-Borjans plant im gescheiterten rot-grüne Haushalt 2012 mit einer Neuverschuldung von 4 Milliarden Euro.

Walter-Borjans behauptet, Nordrhein-Westfalen habe die niedrigsten Pro-Kopf-Ausgaben aller Bundesländer und liege bei der Pro-Kopf-Verschuldung im unteren Mittelfeld.

Wahr ist:

Der Finanzminister sollte wissen, dass ein 6-Personen-Haushalt im Regelfall deutlich geringere Pro-Kopf-Ausgaben hat als ein 3-Personen-Haushalt. Das sagt nichts über eine effiziente Aufgabenwahrnehmung und nichts über das Konsolidierungsverhalten aus.

In Nordrhein-Westfalen liegt die Pro-Kopf-Verschuldung bei 7.664 Euro. Damit liegt Nordrhein-Westfalen deutlich über dem Länderdurchschnitt von 6.500 Euro. Im Vergleich der westdeutschen Flächenländer schneiden nur Schleswig-Holstein und das Saarland schlechter ab. Beide erhalten vom Bund zur Erreichung der Schuldenbremse Konsolidierungshilfen. Ihre Haushaltsführung wird vom Stabilitätsrat überwacht.

Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute bescheinigen Nordrhein-Westfalen einen erheblichen Konsolidierungsbedarf (Quelle: Frühjahrgutachten 2012 vom 19. April 2012, Seite 59). Sie mahnen das größte Bundesland die Haushaltskonsolidierung nicht weiter aufzuschieben. Wenn Nordrhein-Westfalen nicht umgehend damit beginnt, wird das Ziel eines strukturell ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2020 unerreichbar.